

BBB Klausur 2017: Verbandspolitik neu justiert

Vorstand einig über künftige Schwerpunkte der Verbandsarbeit

Frankfurt/Main | Am Anfang eines jeden Jahres führt der Vorstand des Bildungsverbandes zusammen mit der Geschäftsführung eine Klausur durch. Auf dieser Klausur wird ein Rückblick auf das vergangene Jahr gehalten und Ziele für das neue Jahr festgelegt.

Gleichzeitig bietet die Klausur die Möglichkeit, etwas grundsätzlicher über die großen Linien der Verbandsarbeit zu diskutieren. Außerdem wird alle zwei Jahre das Feedback der Mitglieder zur Arbeit des Bildungsverbandes besprochen, das in der Mitgliederbefragung geäußert wird (siehe auch Seite 2).

Gerade das große Wahljahr 2017 bietet sich an, um hier die politischen Ziele und Notwendigkeiten aus Sicht der beruflichen Bildung anzusprechen und zwar den politischen Parteien gegenüber, die sich zur Wahl stellen. Deshalb werden von dieser Ausgabe an in dem jeweiligen Gastbeitrag die Auffassungen der politischen Parteien zu Themen der beruflichen Bildung formuliert, so erhalten wir einen Überblick darüber, wie unsere Themen von den Parteien gesehen werden.

Außerdem werden wir die arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Parteien zu Themen der beruflichen Bildung befragen:



- Rahmenbedingungen der Weiterbildung / Beruflichen Erwachsenenbildung: Wie stehen Sie zu einem möglichen bundesweiten Weiterbildungsgesetz, das Information, Beratung, Ansprüche, Weiterbildungszeiten und Finanzierung bundesweit regelt?
- Wie wollen Sie lebensbegleitendes Lernen in allen Phasen der Berufsbiographie fördern?
- Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung: Wie wollen Sie Weiterbildung, insbesondere für Geringqualifizierte, stärker fördern?
- Wie wollen Sie Weiterbildungs-Institutionen bei der Digitalisierung von Bildungsangeboten und Infrastruktur unterstützen?
- Wie ist Ihre Haltung zum Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildungsbranche nach SGB II und III?
- Flüchtlingsintegration: Mit welchen Zeiträumen und welchen Budgets rechnen Sie für eine nachhaltige Integration der Flüchtlinge?
- Fördermaßnahmen für Flüchtlinge, aber auch für andere Zielgruppen: Nicht alle Fördermaßnahmen / Praktika u. ä. können durch die Unternehmen geschultert beziehungsweise auf sie abgewälzt werden. Die Orientierung dieser Maßnahmen sollte die vorhandene Trägerstruktur berücksichtigen und dadurch Belastungen der Unternehmen reduzieren. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Angebote der Bildungsträger hierbei stärker genutzt werden?

Für 2017 wurden Ziele festgelegt: Die Kontakte zum Bildungsministerium werden verstärkt, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung von Weiterbildung

und Bildungsangeboten der Träger.

- Themen der beruflichen Erwachsenenbildung werden auch mit dem Arbeitsministerium verstärkt angesprochen.
- Die vier Verbände, die schon im Jahr 2016 zwei erfolgreiche große Veranstaltungen zu Flüchtlingsintegration durchgeführt haben, werden im Juni eine parlamentarische Veranstaltung mit den arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Sprechern der Parteien durchführen.
- Der Bildungsverband wird mehrere Fachveranstaltungen realisieren.
- Bildungsverband und Zweckgemeinschaft werden das Thema Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildungsbranche, gerade im Wahljahr, verstärkt politisch thematisieren.

Last but not least wurde besprochen, wie die künftigen Aufgaben in der Geschäftsstelle verteilt und zugeordnet werden, damit die Dienstleistung für die Mitglieder auch von hier aus verbessert werden kann.

Außerdem feiert der Bildungsverband sein 15-jähriges Jubiläum, und zwar am 11. und 12. Mai 2017, in Hamburg, dort wurde er gegründet. Neben der turnusmäßigen Mitgliederversammlung, die auch an diesem Termin stattfindet, wird es eine öffentliche Veranstaltung mit Arbeitsmarkt- und Bildungspolitikern geben.

Walter Würfel

Inhalt

- BBB Klausur 2017: Verbandspolitik neu justiert
- Editorial
- Mitgliederbefragung 2016
- Gute Arbeit braucht gute Weiterbildung
- GRETA geht auf die Zielgerade



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das wird ein spannendes Jahr. Die Bundestagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Rechtspopulisten könnten im Herbst in den Bundestag einziehen und die bisherige Parteienlandschaft deutlich verändern. Koalitionsbildungen würden komplizierter. Dies würde auch Einfluss auf unsere Arbeit haben. Im Vorfeld dieser Wahl werden wir alle im Bundestag vertretenen Parteien zu arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Themen und ihre Pläne für die nächste Legislaturperiode befragen. Auf die Antworten sind wir jetzt schon sehr gespannt.

Die Bundesagentur für Arbeit steht vor einem Wechsel in der Führung. Wir werden uns auch bei der neuen Spitze für unsere Vorstellungen einer zielorientierten Arbeitsmarktintegration einsetzen. Und wir werden die Sorgen der Bildungsträger schildern. Nur Bildungsträger, die nicht hauptsächlich um ihre Existenz kämpfen müssen, können den Integrationsauftrag der Bundesagentur für Arbeit gewährleisten und damit Pluralität sicherstellen. Wir wissen, dass dies der Bundesagentur zwar bekannt ist, oft in der täglichen Arbeit dort aber nicht angemessen berücksichtigt wird. Hauptthema unserer Zweckgemeinschaft ist derzeit der Abschluss eines neuen Mindestlohnvertrages. Der soll die Grundlagen für einen fairen Wettbewerb beim Vergabeverfahren auch künftig garantieren. Die Verhandlungsführer unserer Zweckgemeinschaft müssen sich unserer verbandlichen Unterstützung sicher sein. Darum möchte ich Sie alle bitten!

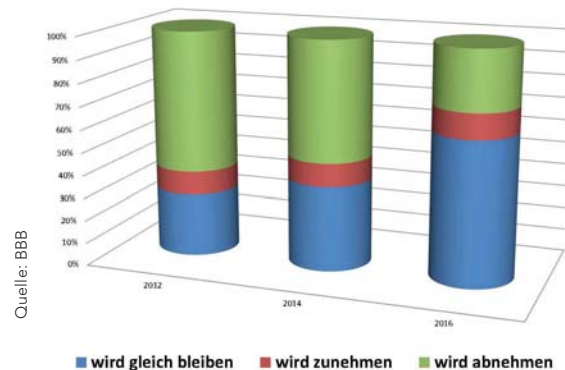
Herzlichst
Ihr
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstandes

Mitgliederbefragung 2016

Berlin | Alle zwei Jahre bittet der Bildungsverband seine Mitglieder um Informationen über seine Mitgliedsunternehmen, die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sowie um ein Feedback zur Arbeit des Verbandes.

Erstmals wurde die Umfrage Online durchgeführt. Der große Vorteil liegt sowohl in der großen Arbeitserleichterung bei der Auswertung der Fragen als auch in der gesicherten Anonymisierung. Obzwar die Rücksendung eines ausgefüllten Fragebogens hierbei entfällt, und die Befragten damit weniger Zeit aufwenden mussten, konnte entgegen den Erwartungen die Rücklaufquote von 69 bzw. 79 Prozent aus den vergangenen Jahren nicht erreicht werden. Nur knapp ein Drittel der Mitglieder hat geantwortet. Das entspricht aber immer noch der durchschnittlichen Rücklaufquote, wie sie im Allgemeinen bei Online-Umfragen erwartet wird. Das schmälert zwar etwas die Aussagekraft, aber Trends sind dennoch zu erkennen, die helfen, die Verbandsarbeit entsprechend auszurichten.

Zu erwartender Umsatz durch BA, JobCenter und Optionskommunen

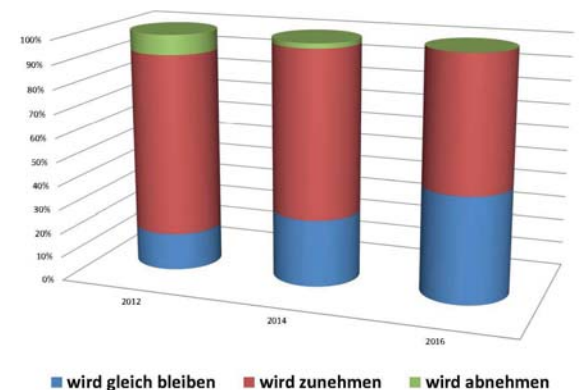


Ein wesentliches Ergebnis der Befragung ist die unterschiedliche Einschätzung der zukünftigen Unternehmensentwicklung im Vergleich zu den vergangenen Erhebungen. Der zu erkennende Trend aus der letzten Erhebung hat sich fortgesetzt, hier

ist die Erwartung an eine Kontinuität in den kommenden Jahren geäußert worden, was die Aktivitäten in Arbeitsmarktdienstleistungen betrifft.

Hatten im Jahr 2012 noch 73 Prozent der befragten Unternehmen die Erwartung geäußert, dass der Umsatz im Firmen- und Privatkundengeschäft zunehmen

Zu erwartender Umsatz durch Firmen- und Privatkunden



wird, so sank diese Erwartung über 2014 mit 67 Prozent auf jetzt nur noch gut 50 Prozent. Weit über die Hälfte der Unternehmen sieht keine gravierenden Änderungen ihres Anteils der Umsatzsegmente im Bereich der Bundesagentur, Jobcenter und optierenden Kommunen in den nächsten Jahren.

Es wurde auch der Stand der Digitalisierung in den Bildungsangeboten der Mitgliedsunternehmen abgefragt. Zwei Drittel der befragten Unternehmen bieten digitalisierte Bildungsangebote für ihre Teilnehmer an, dieser Anteil wird sich noch erhöhen.

In welchen Themengebieten sollte der Bildungsverband seine Schwerpunkte setzen? Themen rund um die Tarifpolitik stehen hier weit vorn im

Fokus der Mitglieder: Das kontinuierliche und nachhaltige Engagement des Bildungsverbandes, insbesondere seiner Zweckgemeinschaft, für den Mindestlohn und seine Weiterentwicklung ist hier ur-

Fortsetzung auf Seite 4

Gute Arbeit braucht gute Weiterbildung

von Katja Mast

Berlin | Die SPD kämpft seit 153 Jahren für den Aufstieg durch Bildung. Dabei stellen wir die Aufstiegsfrage nicht nur am Anfang des Lebens. Denn nach der Hochschule und der Erstausbildung hört das Leben nicht auf, das ganze Erwerbsleben liegt noch vor einem. Der Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung, Demografie und der Veränderung von Beschäftigungsformen stellt uns dabei vor viele Herausforderungen, bietet aber gleichzeitig große Chancen.

Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir denjenigen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen. Dazu zählen vor allem Frauen, die nach der Familienphase wieder Fuß fassen wollen, aber auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen mit Behinderungen sowie Schul- und Ausbildungsabbrecher. Kurzum: Nur wenn wir Weiterbildung auch in der Phase des Erwerbslebens stärken, können wir Beschäftigungsfähigkeit erhalten und neue berufliche Aufstiegsmöglichkeiten organisieren.

Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren viele präventiv wirkende Arbeitsmarktinstrumente ausgebaut, wie z.B. das Programm WeGebAU, das gezielt die Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen fördert. Auch im in dieser Legislatur verabschiedeten Weiterbildungsstärkungsgesetz ist der Gedanke angelegt, Arbeitnehmer nicht erst dann zu qualifizieren, wenn sie bereits arbeitslos sind, beispielsweise durch die Einführung der Weiterbildungsprämie oder der verbesserten Weiterbildungsförderung in Kleinen und Mittleren Unternehmen.

Die Idee einer präventiven Arbeitsmarktpolitik werden wir in Zukunft noch fester im SGB II und SGB III verankern. Hier

für wollen wir die Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, sich stetig weiterzuentwickeln und sich für den Arbeitsmarkt von morgen zu qualifizieren. Ziel ist es, die Voraussetzung für Lebenslanges Lernen zu schaffen, sodass auch im Laufe des Erwerbslebens eine echte Weiterentwicklung der Qualifikationen oder auch eine berufliche Umorientierung möglich sind. Was macht beispielsweise ein 45-jähriger Hilfsarbeiter, der weiß, dass er immer der Erste sein wird, dem gekündigt wird? Ob in der Metallindustrie oder im Pflegeheim gilt: Wir brauchen gut

Die Idee einer präventiven Arbeitsmarktpolitik werden wir in Zukunft noch fester im SGB II und SGB III verankern.

qualifizierte Fachkräfte, doch wir lassen viele Beschäftigte auf der Strecke allein. Deswegen brauchen wir als ersten Schritt eine unabhängige, transparente und verlässliche Bereitstellung von Informationen über Weiterbildungsangebote. Zugleich brauchen wir eine bessere Beratungsinfrastruktur, beispielsweise in Form einer Anlaufstelle, die die Informationen gebündelt zur Verfügung stellt.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erprobt derzeit sehr erfolgreich die Weiterbildungsberatungen. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und die BA zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln. Sie soll als zentrale Anlaufstelle Informationen über Weiterbildungsangebote im Rahmen von Qualifizierungsnetzen dezentral gebündelt zur Verfügung stellen und zugleich Qualifizierungsbedarf in Regionen erkennen. Auf diese Weise kann sich jeder, der sich über seine berufliche Zukunft Gedanken macht, trägerüberunabhängig beraten lassen und erfährt so gleich noch von möglichen Förderoptionen.

Die Arbeitsversicherung lässt sich nicht in einem Rutsch einführen, sondern muss Schritt für Schritt umgesetzt werden. Neben der Weiterentwicklung der BA wollen wir als weitere Bausteine die Weiterbildungs-

förderung im Kontext des Beschäftigungstransfers ausbauen, die Rahmenfrist im SGB III von zwei auf drei Jahre verlängern, damit wieder mehr Beschäftigte erreicht werden und die zielgerichtete Nutzung von Weiterbildungsprämien insbesondere zur Stärkung der Weiterbildungsmotivation von Geringqualifizierten, jungen Erwachsenen und Alleinerziehenden flankierend zu lebensunterhaltssichernden Leistungen ausbauen. In der langfristigen Perspektive muss über einen Rechtsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Arbeitslose auf berufliche Weiterbildung und dessen konkrete Ausgestaltung diskutiert werden. Ein Schritt in diese Richtung könnte beispielsweise die Einführung eines Persönlichen Erwerbstätigenkontos sein wie Andrea Nahles es im Entwurf zum Weißbuch Arbeiten 4.0 vorgelegt hat. In diesem Konzept ist vorgesehen, junge Erwerbstätige im Sinne eines „Sozialerbes“ mit einem Startkapital auszustatten, das für Qualifizierung, Gründungsphase oder private Auszeiten genutzt werden kann.

Das Credo *Gute Arbeit* gilt für die SPD selbstverständlich auch mit Blick auf den Weiterbildungssektor. Wir werden uns deshalb für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in der Aus- und Weiterbildung stark machen und uns für einen vorgegebenen Vergabemindestlohn einsetzen. Für die hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss der Weiterbildungsmindestlohn die unterste Haltelinie sein.



Katja Mast

Mitglied des Deutschen Bundestages | Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales

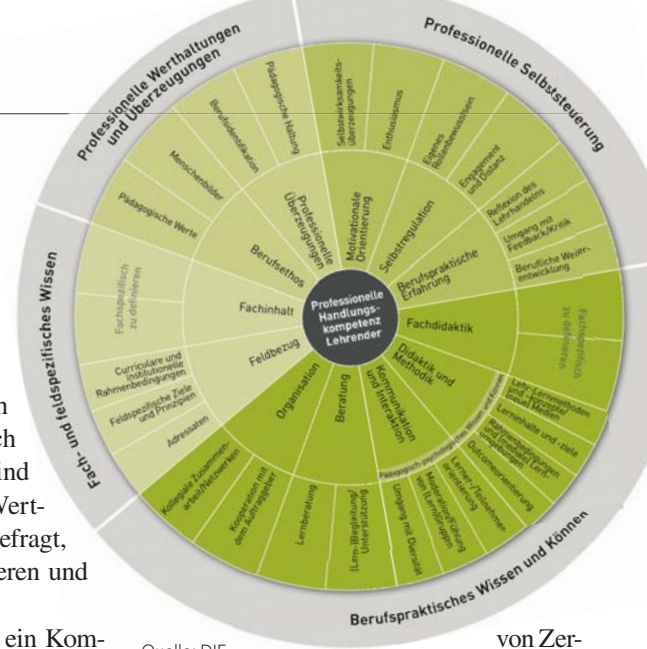
GRETA geht auf die Zielgerade

Lehrende in der Weiterbildung könnten schon bald anerkannt und zertifiziert werden

Berlin | Seit Ende 2014 widmet sich das vom BMBF geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekt GRETA den „Grundlagen für die Entwicklung eines trägerübergreifenden Anerkennungsverfahrens für die Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung“, siehe auch BBB-Infobrief August 2016. In diesem Projekt, das vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) koordiniert wird, arbeitet der Bildungsverband (BBB) mit weiteren sieben Verbänden der Weiterbildung zusammen.

In der jetzt abgeschlossenen Projektphase wurden Workshops mit Leitungskräften und Lehrenden aus der Erwachsenenbildung durchgeführt, um die entscheidenden Kompetenzen erheben zu können, über die Lehrkräfte verfügen sollten. Da die Aufgabenstellungen in der Weiterbildung sehr heterogen sind und viele Lehrkräfte freiberuflich arbeiten, sind hier neben didaktischer, methodischer und berufsfachlicher Kompetenz noch weitere Schlüsselqualifikationen gefragt: So müssen die Lehrenden selbständig Curricula entwickeln, als Freiberufler Auftraggeber

akquirieren und Angebote auch rechnerisch und finanztechnisch kalkulieren können. Daneben sind natürlich auch professionelle Werthaltungen und Überzeugungen gefragt, die die Teilnehmenden interessieren und motivieren können. Ergebnis dieser Projektphase ist ein Kompetenzmodell (siehe Abb. rechts), das alle notwendigen Voraussetzungen für Lehrende in den verschiedenen Bereichen der Erwachsenen- und Weiterbildung erfasst, wo sie als „Kursleiterinnen“, „Teamer“, „Dozentinnen“, „Referenten“, „Lernbegleiterinnen“, „Lernberaterinnen“ oder „Coaches“ zum Einsatz kommen. In einem weiteren Schritt wurden die möglichen Modalitäten einer Anerkennung und Zertifizierung solcher Kompetenzen eruiert. Das Ganze ist natürlich auch kompatibel mit den Kompetenzfassungskonzepten, die im Rahmen der Empfehlungen der Europäischen Union und des Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmens vorliegen. In der Endphase wird es noch einmal spannend werden, wenn es um die Frage geht, wie denn solche Kompetenzen anerkannt und zertifiziert werden können, und vor allem, von wem. Hier wurden verschiedene Modelle



Quelle: DIE

von Zertifizierungs-agenturen vorgestellt, wobei sich immer die Frage stellt, ob neben den bereits vorhandenen Anforderungen an die Bildungsträger (Qualitätsmanagementsysteme, Zulassung nach der AZAV-Zulassungsverordnung für die Arbeitsförderung u. a.) hier eine weitere Agentur hinzutreten soll oder ob dies nicht in bereits vorhandenen Strukturen geschehen kann. Dazu wird es noch zwei Treffen der projektbeteiligten Träger geben, bis das Projekt dann im November abgeschlossen sein wird. Wir dürfen gespannt sein.

Walter Würfel

Im Projekt sind acht bundesweite Träger- und Berufsverbände vertreten: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AuL), Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB), Dachverband der Weiterbildungsorganisationen (DVWO), Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF), Deutscher Volkshochschulverband e. V. (DVV), Verband deutscher Privatschulverbände (VdP)

Fortsetzung: Mitgliederbefragung 2016

sächlich zu nennen. Die Positionierung des Bildungsverbandes in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ist für 78 Prozent der Befragten besonders wichtig.

Die Zufriedenheit der Mitgliedsunternehmen mit der Darstellung des Bildungsverbandes in der Öffentlichkeit hat zwar zugenommen (62 Prozent), sie bleibt trotzdem im Fokus und soll weiter verstärkt werden.

Erfreulich ist das positive Feedback bezüglich der Mediennutzung des Bildungsverbandes. Die Leserzahlen des Infobriefes konnten gesteigert werden, die Mischung zwischen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Beiträgen, inter-

nen Informationen und den Gastbeiträgen kommt offensichtlich an. Die Nutzung der Webseiten hat sich erhöht – dies betrifft besonders die aufgerufenen Unterseiten zu bestimmten Themen. Dennoch soll die Internetpräsenz auch künftig kontinuierlich verbessert werden. Bei den Fachveranstaltungen gibt es ein erhöhtes Interesse. Das ist Triebfeder die Qualität mit ansprechenden Themen, fachgerechten Inhalten und ausgesuchten Experten zu steigern. Besonders erfreulich ist die sehr hohe Zufriedenheit mit der Verbandsarbeit mit einem Zuwachs auf 81 Prozent. Das zeigt das große Vertrauen der Mitglieder in die Arbeit der Geschäftsstelle.

Lutz Kaube

BBB Info-Brief, Februar 2017

Herausgeber
BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
Vorsitzender des Vorstandes: Thiemo Fojkar
Hannoversche Straße 19A · 10115 Berlin

www.bildungsverband.info

Redaktion
Franz Siegert, Walter Würfel
Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info

Fotos
BBB, DIE, Mast, Rumpenhorst

Druck
GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 27. März 2017